

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 848 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Walter Momper bewertet das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen: Berlin wagt wieder Reformen.

Seite 1

Dr. Jürgen Schmude MdB plädiert für die Intensivierung deutsch-deutscher Gespräche auf allen Ebenen: Wandel durch Reden.

Seite 2

Dokumentation:

Angesichts der jüngsten Ausländer-Hetze der hessischen CDU im Kommunalwahlkampf haben über 450 Personen einen Offenen Brief an den Frankfurter CDU-Oberbürgermeister Brück unterzeichnet. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut.

Seite 4

44. Jahrgang / 47

8. März 1989

Berlin wagt wieder Reformen

Die zähen Verhandlungen haben sich gelohnt

Von Walter Momper  
Berliner SPD-Landesvorsitzender

Ein Zuckerlecken war es gewiß nicht, was die SPD und die Berliner Alternative Liste in den vergangenen Wochen hinter sich gebracht haben. In zähen Verhandlungen haben sich beide Parteien um ein gemeinsames, tragfähiges und für die Stadt vorwärtsweisendes Regierungsprogramm bemüht. Das Ergebnis zeigt, daß sich die Mühe gelohnt hat.

Entscheidend ist, daß sich die künftige Regierungskoalition auf der Basis der jetzt ausgehandelten Vereinbarungen voll auf das Ziel einer ökologischen Wende in Berlin konzentrieren kann. Nicht weniger wichtig ist, daß sich der künftige Senat darauf verständigt hat, die gravierenden Defizite des alten auf dem Felde der Wohnungsbau-, der Arbeitsmarkt- und der Ausländerpolitik so schnell wie möglich abzubauen. Mit dem Nachholen der Versäumnisse auf diesen Gebieten kann die neue Regierung Berlins auch jene Wähler wieder ins demokratische Spektrum zurückholen, die unter dem Unions-Senat ins Abseits getrieben wurden.

Ich weiß, daß viele Menschen in Berlin Vorbehalte gegen einen von SPD und AL getragenen Senat haben. Die neue Regierung muß diese Menschen durch ihre Sachpolitik überzeugen. Das Programm knüpft an den Reformaufbruch der frühen siebziger Jahre. Es entspricht dem Geist einer jungen und modernen Stadt. Aber die Spielräume sind eng. Wir übernehmen eine große finanzielle Erblast und einen Berg von Problemen. Das Sachprogramm ist ein Entwurf des Fortschritts und zugleich ein Entwurf der Vernunft. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlin und die innere Sicherheit der Stadt bleiben erhalten. Rot-grün in Berlin, das weckt keine Ängste, das wird Hoffnung wecken.

(-/8.3.1989/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdhergestellt  
aus recyceltem Rohstoff  
Kreuzungspunkt



Wandel durch Reden

Deutsch-deutsche Gespräche sind notwendig und nützlich

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Flut der Begegnungen zwischen Deutschen aus beiden Staaten ist inzwischen auch für informierte Fachleute nicht mehr überschaubar. Millionenfache Reisen hinüber und herüber lassen sich zwar in ungefähren Zahlen angeben. Wie stark und vielfältig aber im einzelnen die Kontakte gepflegt werden, vor allem in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Kirche, Wirtschaft, Politik, gibt Anlaß zum Staunen und zur Freude. Die vielen Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschen in beiden Staaten entfalten ihre Kraft. Die gemeinsame Sprache bietet dafür alle Chancen.

Sie können und müssen noch viel mehr genutzt werden. Jedes Reden, jeder Meinungs austausch fördert die Verständigung. Und diese hat handfeste Folgen, wenn auch manchmal erst nach längerer Zeit.

In den zuweilen bei uns zu hörenden abfälligen Betrachtungen über den sogenannten Polittourismus nach Ost-Berlin paaren sich Hochmut und Unverständnis. Mögen sie doch alle fahren, auch die Landes- und Kommunalpolitiker! So sehr die kürzlichen Todesschüsse an der Mauer zu verurteilen sind, so wichtig war es, daß sofort danach hintereinander zwei Ministerpräsidenten aus der Bundesrepublik den SED-Generalsekretär nach diesem Vorfall befragen konnten. Die zugesagte Prüfung wird nicht nur dem Vorgang gelten, sondern gewiß auch dem immer noch nicht völlig abgeschafften Schußwaffengebrauch an der Grenze.

Honecker hätte übrigens seinen Besuchern in diesem Zusammenhang eine Gegenfrage stellen können: Ist eigentlich für amtliche Stellen in der Bundesrepublik eine Informationspolitik unverzichtbar, mit der fast täglich sehr konkrete Funk- und Presseberichte über gelungene Fluchten aus der DDR gespeist werden? Sie können wie Erfolgsmeldungen wirken und über die Gefährlichkeit solcher Vorhaben täuschen.

Rückschläge und schlimme Ereignisse dürfen jedenfalls nicht zur Verringerung von Kontakten führen, sie zeigen vielmehr die Notwendigkeit der Fortsetzung und Verstärkung. Eben deshalb bleibt die längst überfällige Aufnahme offizieller Beziehung zur Volkskammer auf der Tagesordnung. Und die bisherigen Erfahrungen mit den Städtepartnerschaften rechtfertigen das Bemühen um Ausweitung. In vielen Fällen ist nämlich der Besucheraustausch längst über förmliche Begegnungen von Offiziellen hinausgewachsen.

„Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedenssicherung und den Wettbewerb der Systeme“, heißt es in dem zwischen SPD und SED vereinbarten Dialogpapier. Das bleibt richtig und das Papier bleibt wertvoll, auch wenn die DDR mit ihren praktischen Konsequenzen in einem inzwischen ärgerlichen Rückstand ist. Denn nur Begegnung und Gespräch schaffen die Möglichkeit, Einsicht anzuregen und Vertrauen zu gewinnen. Stures Beharren auf ungeprüften eigenen Positionen und distanzierteres Mißtrauen lassen sich da nicht aufrechterhalten.

Die besonderen Vorteile des nichtöffentlichen Gesprächs werden oft unterschätzt. Erst in der vertraulichen Begegnung erweist sich mancher starrköpfige und angeblich so linientreue DDR-Vertreter als durchaus beweglich, nachdenklich und sogar selbstkritisch. Es ist kein Zufall, daß den westlichen Gesprächspartnern die lauten Anklagen und schneidigen Forderungen nicht mehr so recht über die Lippen wollen, nachdem ihnen Schwierigkeiten und Probleme von der anderen Seite offenherzig geschildert worden sind.

Solche Treffen eignen sich dann freilich nicht für öffentliche politische Leistungsnachweise. Auf sie kann man übrigens auch dort verzichten, wo die Partner aus der DDR als Kritiker ihres eigenen politischen Systems ausgewiesen und deshalb bei ihrer Obrigkeit unbeliebt sind. So halten einige Abgeordnete aus der SPD-Bundestagsfraktion seit längerer Zeit Verbindung zu dem Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann und haben wiederholt bei ihm an Diskussionsabenden eines Gesprächskreises aus Angehörigen kirchennaher Gruppen teilgenommen. Jedenfalls für die Abgeordneten war das nützlich und aufschlußreich. Der Kontakt wird in gelegentlichen Treffen fortgesetzt werden.

Es wäre verfehlt, sich dessen öffentlich zu brühen, als gebe die SPD in der DDR den „richtigen“, nämlich oppositionellen Gesprächspartnern Rückenstärkung. Richtig nämlich sind sie als Gesprächspartner alle: die sogenannten normalen Bürger, die Funktionäre, die Systemkritiker, die Künstler und viele andere mehr. Für sie alle gilt, daß es wichtiger ist, mit ihnen als über sie zu sprechen.

Und viele dieser Gespräche sind fruchtbar, obwohl oder weil man öffentlich kein Aufheben von ihnen macht.

Nur Gerede? Keineswegs. Denn es geht auf beiden Seiten um Veränderungen an einer Stelle, an der die Hauptprobleme liegen: in den Köpfen nämlich. Von dort geht der Wandel der politischen Verhältnisse aus.

(-/8.3.1989/st/ks)

DOKUMENTATION

„Wir werden nicht länger schweigen“

Angeichts der jüngsten Ausländer-Hetze der hessischen CDU im Kommunalwahlkampf haben über 450 Personen, vor allem aus dem Umkreis der evangelischen Kirche, einen Offenen Brief an den Frankfurter CDU-Oberbürgermeister Brück unterzeichnet. Unter den Unterzeichnern sind rund die Hälfte aller evangelischen Pfarrer Frankfurts. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit dem Einzug der ‚Republikaner‘ in das Berliner Abgeordnetenhaus betrieben Sie in verantwortungsloser Weise Wahlkampf auf dem Rücken der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich nicht mit dem Stimmzettel wehren können.

Auf der Linie der CDU-Landtagsfraktion (Zeitungsanzeigen vom 11. Februar 1989) und des Ministerpräsidenten Wallmann/CDU (u.a. Pressekonferenz am 24. Februar 1989) schüren Sie Ängste in der deutschen Bevölkerung mit unseres Erachtens juristisch und statistisch nicht haltbaren Behauptungen und Vorschlägen (u.a. Magistratspressekonferenz vom 17. Februar 1989).

- Sie als Oberbürgermeister wissen ebenso wie Herr Wallmann und die Fachleute Ihrer Partei, daß Frankfurt seinen internationalen Ruf und seine wirtschaftliche Kraft nicht zuletzt den 126.000 hier gemeldeten Ausländern verdankt, daß Frankfurt unter OB Wallmann 1980 einseitig einen Aufnahmestop für Asylbewerber verhängte und daß am 31. Dezember 1988 infolgedessen weniger als drei Prozent der hier lebenden Ausländer Asylbewerber waren.

Dennoch erklären Sie, ‚ein weiterer Zustrom durch Wirtschaftsasylanten, die das Asylrecht mißbrauchen‘, sei nicht hinzunehmen, und warnen vor einer ‚Gesellschaft mit unüberschaubaren ethnischen Inseln...‘, auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitslage in dieser Stadt‘ (Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1989). Ein weiterer Zuzug gefährde den Frieden in der Stadt (Frankfurter Rundschau, 25. Februar 1989).

- Sie als Jurist wissen, daß Asylbewerber nach geltendem deutschen Recht fünf Jahre lang (Ostblock-Flüchtlinge ein Jahr) nicht arbeiten dürfen und deshalb in der Regel auf Sozialhilfe angewiesen sind. Sie als Oberbürgermeister wissen, daß die Stadt Frankfurt unter Ihrer Führung immer mehr Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge geschlossen und damit selbst Unterbringungsprobleme geschaffen hat.

Dennoch erklären Sie, es fehle an Unterbringungsmöglichkeiten, viele Asylbewerber wollten sich nicht integrieren, sondern ihre ‚Lebensart aufrechterhalten‘, und unterscheiden von diesen nachdrücklich die Auslandsdeutschen (Aussiedler), die fleißig und arbeitswillig seien und keine Belastung darstellten (Pressekonferenz am 24. Februar 1989, Frankfurter Rundschau 24. und 25. Februar 1989).

- Sie als Jurist wissen, daß das Asylverfahrensrecht ausschließlich den Grenzbeamten des Bundes das Recht gibt zu prüfen, ob der Flüchtling bereits in einem anderen Land während seiner Flucht offensichtlich Sicherheit vor Verfolgung erlangte. Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit und der gebotenen Sorgfalt darf an der Grenze (Flughafen) keine inhaltliche Prüfung des Asylbegehrens stattfinden. Deshalb werden die Flüchtlinge in der Regel noch am Tag ihrer Ankunft oder am nächsten Tag an die zuständigen Behörden in den Aufnahmelagern weitergeleitet.

Dennoch schlagen Sie der Landesregierung und Ihre Partei der Stadtverordnetenversammlung vor, künftig direkt am Flughafen Vertreter ihrer kommunalen Ausländerbehörde einzusetzen, um die Asylanträge zu prüfen beziehungsweise eine „Beschleunigung der Verfahren zu bewirken“ (Frankfurter Rundschau, 20. und 24. Februar 1989). Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts wäre das ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Asyl.

- Sie als Jurist müßten wissen, daß die Abschiebung eines Flüchtlings aus der Bundesrepublik nur aufgrund sehr sorgfältiger Prüfung einer möglicherweise daraus resultierenden Gefährdung für Leib und Leben geschehen darf, und daß die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (als hier geltendes Völkerrecht) und unser Ausländergesetz dem sehr enge Grenzen ziehen.

Dennoch rühmen Sie sich eines Magistratsbeschlusses, bei der Frankfurter Ausländerbehörde juristisch qualifizierte Mitarbeiter einzustellen, um Abschiebeprozesse „zügig durchzuführen“, und desavouieren damit Ihre eigene Behörde, die unseres Wissens Abschiebungen bisher nicht leichtfertig durchgeführt hat (Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1989).

- Als Politiker haben Sie und Vertreter Ihrer Partei im Zusammenhang mit den Gedenkveranstaltungen für die „Reichspogromnacht“ (9. November 1988) verschiedentlich auf das Unrecht der Verfolgung unter der nationalsozialistischen Herrschaft und auf die Gefährdungen der verfolgten Regimekritiker hingewiesen. Sie wissen, daß im Exil politisch aktive deutsche Emigranten wesentlich dazu beitrugen, daß wir Deutschen nach 1945 nicht geächtet blieben, und daß das Ausland auch vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus erfuhr. Als Jurist müßten Sie wissen, daß dennoch durch die Novellierung des Asylverfahrensgesetzes 1987 die sogenannten „Nach-Flucht-Gründe“ als Asylrecht begründende Tatbestände massiv eingeschränkt wurden.

Dennoch fordern Sie, daß „Nach-Flucht-Gründe“, die durch die oft mühsame Aufklärungsarbeit der Asylbewerber über die Situation in ihren Heimatländern hier in der Bundesrepublik entstehen, den Flüchtling nicht mehr vor Abschiebung schützen sollen (Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1989).

- Sie als Oberbürgermeister wissen ebenso gut wie der Ministerpräsident und die Fachleute Ihrer Partei, daß die heute im internationalen Vergleich extrem niedrige Anerkennungsquote von 2,6 Prozent der Asylbewerber (1988) durch bundesdeutsche politische Entscheidungen und Rechtsprechung auf diesen Stand heruntergedrückt wurde.

Sie wissen auch, daß unter jenen circa 90 Prozent der Flüchtlinge, die nicht als Asylberechtigte anerkannt werden, unter anderem sind:

- alle mitgeflohenen Familienangehörigen von Asylberechtigten, die bei uns als einzigem Land in der Welt in der Regel keinen Flüchtlingsstatus erhalten;
- alle jene Flüchtlinge nach der Genfer Konvention, die seit der Novellierung des Asylverfahrensgesetzes 1987 und aufgrund unserer Rechtsprechung nur deshalb nicht anerkannt worden sind, weil sie sich auf ihrer Flucht bereits wenige Tage in einem anderen Land aufgehalten haben;

- alle jene Flüchtlinge, die bei uns nicht anerkannt werden, weil sie ‚nur‘ Krieg oder Bürgerkrieg als Fluchtgrund geltend machen;
- jene circa 20 Prozent der Flüchtlinge, deren Anträge gar nicht entschieden werden mußten, weil sie in ein anderes Aufnahmeland weiterwanderten und/oder ihre Anträge zurückzogen.

Sie wissen als Jurist, daß ein großer Teil der bei uns nicht anerkannten Flüchtlinge dennoch De-facto-Flüchtlinge im Sinne des Völkerrechts sind und daher Bleiberecht und Abschiebungsschutz genießen, solange eine Rückkehr in ihr Heimatland sie erheblich gefährden würde.

Dennoch sprechen Sie, der Ministerpräsident und andere Vertreter Ihrer Partei davon, daß 90 Prozent der Flüchtlinge ‚Scheinasylanten‘ seien und ‚das Asylrecht mißbrauchten‘ (in Zeitungsanzeigen, auf Wahlplakaten und bei diversen Pressekonferenzen).

- Sie wissen als Politiker und Jurist, daß durch zahlreiche Abschreckungsmaßnahmen der Bundesregierung (zum Beispiel Verweigerung der Visaerteilung und Strafmaßnahmen gegen Fluggesellschaften für den Transport von Flüchtlingen ohne Einreisevisum) immer weniger Flüchtlinge aus Ländern der sogenannten Dritten Welt bei uns um Asyl nachsuchen können.

Sie wissen, daß etwa zwei Drittel der Flüchtlinge in den letzten beiden Jahren aus dem europäischen Raum kamen.

Dennoch schüren Sie um politischer Vorteile willen mit Ihren Reden von der ‚Grenze der Aufnahmefähigkeit‘, ‚ethnischen Inseln‘, und Gefährdung der ‚Sicherheitslage‘ in Frankfurt Ängste, Vorurteile und Fremdenhaß, die sich letztlich gegen alle hier lebenden Ausländer wenden werden.

Mit Ihrer unseres Erachtens verhängnisvollen (Wahlkampf-)Strategie gefährden Sie und Ihre Parteifreunde den Konsens der Väter und Mütter des Grundgesetzes, die im Bewußtsein unserer nationalsozialistischen Vergangenheit das Asylrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten, um es besonders unangreifbar und verpflichtend zu machen.

Daß Sie und andere Vertreter Ihrer Partei, die sich ‚christlich‘ nennt, in dieser Weise ausländische Flüchtlinge instrumentalisieren, herabwürdigen und zu Wahlkampfzwecken mißbrauchen, empfinden wir als skandalös.

Wer Verantwortung für diese Stadt tragen will, darf keinen verantwortungslosen Wahlkampf führen!

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen dieses Offenen Briefes werden dazu nicht länger schweigen, sondern allen Anfängen von Fremdenfeindlichkeit und neuem Rassismus öffentlich entgegen-treten.“

(-/8.3.1989/st/ks)